

Artikel Eins

Die Würde des Menschen ist unantastbar

November (1) 2007

Die unabhängige Kleinzeitung
2. Jahrgang • 28. Ausgabe
Spendenempfehlung ab 50 Cent

Nachrichten - Kommentare - Rechtsinformationen - Analysen



Die Demokratie wird bedroht!

Von Jan Hofmann

... die Frage ist nur, von wem? Die Medien schüren seit geraumer Zeit die Angst vor dem Terrorismus und suggerieren eine unmittelbare Bedrohung der Bevölkerung. Es gelte, sich davor zu schützen. Dabei wird eben dieser „Kampf gegen den Terrorismus“ als Rechtfertigung für sämtliche, menschenrechtlich mehr als fragwürdige Aktivitäten des Innen- und Außenministeriums der letzten Zeit genutzt: Die verfassungswidrige Zusammenlegung von Polizei und Geheimdienst im GTAZ, die Anlegung zentraler Dateien, die Vorratsdatenspeicherung (welche sich im Übrigen nicht nur auf die „Anti-Terror-Datei“ beschränkt, sondern auch Schülerdateien mit Informationen seit der 1. Klasse und Ähnliches beinhaltet), sowie Militärinterventionen, sind nur einige von zahlreichen Beispielen.

Die Bundeswehr schafft unter der Lo-

sung der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“ flächendeckend sogenannte „Verbindungskommandos“. In ihnen werden zivile Hilfsorganisationen (unter anderem das DRK) dem Kommando der Bundeswehr unterstellt und damit der Einflussbereich der Bundeswehr im Inland ausgeweitet. Auch Landratsämter etc. sollen in „Katastrophen“ -

monstrationen als massive Bedrohungen deklariert. Das heißt: Verfassungsmäßige, demokratische Mittel werden als Bedrohung angesehen, die einen Bundeswehreininsatz erforderlich machen!

So obskur es klingen mag, aber im Zweifelsfall soll die Bundeswehr Krieg gegen das eigene Volk führen und das nur, weil dieses seine demokratischen Rechte wahrnimmt. Unmöglich, werden Sie denken ..., unsere Abgeordneten hätten solchen Maßnahmen niemals zugestimmt! - Nun, das haben sie nie. Tatsächlich ist es so, dass die meisten dieser Maßnahmen in alleiniger Verantwortung des Innen- bzw. Außenministeriums durchgesetzt wurden,

ohne dass dem Bundestag die Möglichkeit gegeben wurde, darüber abzustimmen. Will man so die Demokratie und das Volk schützen? Indem man das Volk seiner demokratischen Rechte und nicht zuletzt auch seiner Menschenrechte beraubt und die Demokratie und die Verfassung einfach hintergeht?

Wir sagen STOPP!

Um diesen und anderen Staatsumbaumaßnahmen entgegen zu treten, finden im Rahmen der Kampagne „Jugend gegen den Notstand der Republik“ am 3. November 2007 Demonstrationen in Bremen, Erfurt und Regensburg statt. Wir hoffen auf Ihr zahlreiches Erscheinen! Wir dürfen nicht aus Angst um die Demokratie eben diese selbst zerstören lassen! Der Überwachungswahn muss gestoppt werden, bevor es zu spät ist!

Situationen der Bundeswehr unterstellt werden. Dabei werden nicht nur Umweltkatastrophen wie Lawinen, Überschwemmungen und Wirbelstürme (bei denen sich die Frage stellt, warum zivile Hilfsorganisationen der Bundeswehr unterstellt werden und nicht umgekehrt), sondern auch Streiks und De-

Bitte schicken Sie uns Ihre Meinungen und Kommentare. (kontakt@artikel-eins.com)

lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben +++ lesen +++ weitergeben

4. Bundesweite Demonstration gegen die Politik der Regierung

Von Rainer Thiel

Der Ruf zur großen Demo in Berlin ging aus von der Koordinierungsgruppe des Netzwerks „Bundesweite Montagsdemo“. Ihren Aufruf hatten hundert-

mer, den Weitestgereisten zwei Stück extra für die lange Heimfahrt. Viele Kollegen sind aus industriellen Großbetrieben gekommen, von Siemens, Daimler, Thyssen, viele bekennen sich zu IG Metall, zu Ver.di und GEW - der



fünfzig Gewerkschafter, Betriebsräte, Erwerbslose und Intellektuelle, Mitstreiter regionaler Netze und bundesweiter sozialer Verbände sowie verschiedener Parteien unterzeichnet. Also vereinten sich am 13. Oktober siebentausend ihrer Mitstreiter am Roten Rathaus in Berlin, rings um den Neptunbrunnen unterm Fernsehturm. Schon während der Auftaktkundgebung deutet sich ein Bild des ganzen Deutschland an. Am weitesten gereist waren Teilnehmer aus München und Saarbrücken. Viele waren schon zwei Uhr morgens aufgebrochen. Die meisten haben Transparente mitgebracht, kleine zum Umhängen und fünf Quadratmeter große - da sieht man gleich, woher die Freunde gekommen sind: Aus Tübingen, Ulm, Stuttgart, Karlsruhe, Sindelfingen und Mannheim, aus Solingen, Düsseldorf, Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Wuppertal und Delmenhorst, aus Bremen, Hamburg, Wilhelmshaven und Oldenburg, aus Hannover und Braunschweig, aus Görlitz, Dresden, Chemnitz, Plauen und Magdeburg, aus Potsdam, Brandenburg an der Havel und Neuruppin, aus Schwedt, Angermünde und Eisenhüttenstadt im Oderland, aus Erkner, Eberswalde, Finsterwalde und aus Berlin. Aufzählung ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Redaktions-Mitglieder von „Artikel Eins“ überreichten jeder Stadt zwei Exemplare ihrer Sondernum-

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Eine kleine Gruppe mit Transparent „Die Linke“ ist auch dabei, vom einst „Roten Wedding“ in Berlin. In kurzen Gesprächen genieße ich fast das ganze Mutterland, seine Städte und die Namen weltbekannter Produktionsstätten, aus denen die Streiter für soziale Gerechtigkeit gekommen sind.

Unterdessen haben Teilnehmer aus einem Dutzend Städten das Offene Mikrofon genutzt, das auf der Pritzsche eines ver.di - Fahrzeugs aufgestellt ist. Jeder Redner hat drei Minuten, jeder benennt Gemeinheiten des Kapitals, jeder tut es auf seine Weise als betroffenes Individuum, das nicht bereit ist, sich mit Not und Kot abzufinden. Auf vielen Transparenten sehe ich Worte zur Strategie, die wir entwickeln müssen, um die menschenmordende Arbeitslosigkeit zu überwinden: 30-Stunden-Woche mit samt Lohnausgleich. Das heißt ja Teilung der Arbeit, die uns die Automatisierung übrig lässt. Das heißt Arbeit und Freizeit und Freiheit für alle. Schluss mit unsrer Spaltung in Alos und denen, die immer länger roboten, ohne für Mehrarbeit bezahlt zu werden.

Zur Auftaktkundgebung spricht auch eine stille, bescheidene, wenig bekannte Frau aus dem Norden Brandenburgs, Regine Hirsche aus Neuruppin. Als

Langzeitarbeitslose hat sie zu Hause weder Telefon noch Internet. Deshalb liegt mir ihr Text noch nicht vor. Doch was sie vorträgt unterm Fernsehturm, das hat Salz und Würze. Und so bewahrt sie ihre Würde. Sie spricht zur Würde unsrer Kinder.

Polizei ist kaum zu sehen, Wasserwerfer und Helme überhaupt nicht, und mancher Polizist blickt freundlich, hatten doch Berliner Polizisten in der Woche zuvor gemeinsam mit anderen Bediensteten des Berliner Senats für ihre Rechte demonstriert. („Artikel Eins“ hatte in seiner Sonderausgabe zum 13. Oktober berichtet.)

Nach anderthalb Stunden setzen sich die Siebentausend in Bewegung. Viele kleine Bands unter ihnen, auch Ein-Mann-Sender mit Music-Box auf zweirädrigen Koffergestellen, fröhlich und laut, ohne ohrenbetäubend zu sein, auch Sprechchöre. Oft werden die großen Transparente von Frauen getragen. So geht es dieses Mal von der Auftaktkundgebung direkt zum Brandenburger Tor, durch die Prachtstraße Unter den Linden. Auf den breiten Fußwegen tausende Touristen. Im vorigen Jahr standen sie gleichgültig am Straßenrand. Jetzt stehen sie den Demonstranten zugewandt und schauen aufmerksam.

Nach einer halben Stunde füllt sich der große Platz, der von Brandenburger Tor und Adlon-Hotel, von Französischer Botschaft und Akademie der Künste umrahmt ist. Direkt am Tor ist eine Bühne aufgebaut. Punkt 13.30 Uhr wird die Kundgebung von Fred Schirrmacher, dem Sprecher der Berliner Montagsdemo, eröffnet. Jeder Redner hat vier Minuten, das wird von allen eingehalten, niemand braucht abgemahnt zu werden, auch nicht der Vorsitzende der Marxistisch-leninistischen Partei, Stefan Engel aus dem Ruhrgebiet.

Vier Minuten hätte auch Oskar Lafontaine gehabt, bei dem die Initiativgruppe angefragt hatte. Seine Forderung, den Weg zu Generalstreik und politischem Streik zu bahnen, wäre hier – am Brandenburger Tor – mit Jubel aufgenommen worden, denn hier hatten sich sieben Tausend versammelt, die auch auf der Straße den Mund auf tun und sich von Schäuble nicht irremachen lassen, auch nicht von Müntefering. Und

(Fortsetzung auf Seite 3)

4. Bundesweite ...

(Fortsetzung von Seite 2)

Oskar hier am Brandenburger Tor? Hier waren sieben Tausend, die seine Forderung „Wege frei für politischen Streik und Generalstreik“ mit einem „Oskar“ hätten schmücken können. Aber vielleicht musste Oskar an diesem Sonnabend für den Bundestag Akten lesen. Das muss auch sein. Umso schöner wäre es gewesen, wenn zwei Kollegen seiner Fraktion, die schon als Redner gemeldet waren, ihr Versprechen gehalten hätten. Der Moderator hätte sie vor den sieben Tausend bekannt gemacht, mit voller Angabe ihrer parlamentarischen Funktion und dem Zusatz DIE LINKE. Dann hätten sie selber das Wort ergriffen, vier Minuten lang wie alle anderen Redner. Nun wurde von der Bühne herab gefragt, zum Zeitpunkt ihrer zugesagten Rede: Hatten sie Berührungsgänge? Nein, das glaube ich nicht. In der Links-Fraktion sind auch Leute ohne Berührungsgänge. Eher glaube ich, dass sie von Vorständlern zurückgepfiffen worden sind. In diesem Glauben bestärkt mich ein Foto in der Sozialistischen Zeitung „Neues Deutschland“ vom 12. Oktober, das den Eindruck hervorruft, zwei linke, frisch und unbefangene schreibende Journalisten sind von Vorständlern über ihre Grenzen belehrt worden.

Schade. Doch der Kundgebung am Brandenburger Tor tut das keinen Abbruch. Redner folgt auf Redner. Da ist Birgit Kühr parteilos aus der Uckermark, wohnhaft in Angermünde. Sie übermittelte vom Verein „Bürgergemeinschaft gegen Sozialabbau e.V.“ (Angermünde) und vom Redaktionsteam der bundesweiten Zeitung „**Artikel Eins**“ die besten Grüße. Birgit Kühr sprach von den Kommunalwahlen 2008. Der Verein wird mit auf den Wahllisten stehen. Wir haben nämlich schon Plattfüße von den vielen Protesten vor dem Rathaus. Jetzt wollen wir zusätzlich ins Rathaus rein und mit der Faust auf den Tisch hauen, sagte sie.

So kommen vierzehn Redner aus elf Städten zu Wort, auch von der Lehrer-gewerkschaft GEW, der Berliner Schülervertretung und vom Frauenverband „Courage“. Ein Gruß wird übermittelt vom Streikleiter der Berliner Lokomotivführer, der drei Tage lang nicht zum Schlafen gekommen war, damit am 12. Oktober die Lok-Führer den Lohnabhängigen aller Sparten Mut machen, es

war die beste Kundgebung, die sich denken lässt. Doch auch wir am Brandenburger Tor sind nicht von Pappe. In diesem Augenblick denke ich auch an die Werktätigen der insolvenz-betroffenen Fahrrad-Fabrik in Nordhausen am Südrand des Harzes. Von Solidarität gestützt produzieren sie jetzt Fahrräder in eigener Regie. Ich denke auch an die Werktätigen eines Möbel-Betriebes, in meinem Städtchen Storkow Filiale des maroden Schieder-Konzerns. Dankbar haben sie unsren Aufruf entgegengenommen. Ich verstehe, dass sie auch an diesem 13. Oktober rackern müssen, um künftige Produktion zu sichern.

Grußworte aus der Schweiz, aus Italien, Griechenland und Frankreich, auch von iranischen Arbeitern aus Hamburg werden bekannt gemacht.

Der Aufruf zur Bundesweiten Demo in Berlin hat jetzt zum ersten Mal auch weltweit bekannte Demokraten erreicht. Pfarrer Christian Führer von der Nikolai-Kirche Leipzig, von der im Herbst 89 der Ruf ausgegangen war „Wir sind das Volk“, sodass die bewaffneten Einsatzkräfte sich besannen, auch zum Volke zu gehören – ihr General hatte mit allem gerechnet, doch nicht mit so vielen Kerzen – also der bekannteste Sprecher von damals, Pfarrer Führer, ließ eine kämpferische Botschaft am Brandenburger Tor verlesen, auf Jesus bezug nehmend: Ihr Armen und Gede-mütigten, Ihr seid das Salz der Erde, den unverschämten Dienern der Anbetung von Geld und Kapital muss gründlich die Suppe versalzen werden.

Auch aus der Kunstszene wird ein Gruß verlesen. Jeder hier weiß von Bertold Brecht und Ernst Busch. In Brechts Theater hat auf den Brettern gestanden Käthe Reichel, eine der großen Schauspielerinnen des zwanzigsten Jahrhunderts, oft auch mit Ernst Busch zusammen. Jetzt ist sie 81, jetzt hätte sie einen langen, beschwerlichen Weg nach Berlin gehabt. Sie bittet uns um Verständnis. Doch sie grüßt uns mit Worten aus einem Arbeiterlied: „Avanti popolo... bandiera rossa triomfer!“

Erreicht hatte unser Aufruf auch den Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten, des Bundes also, der gegenwärtig Unterschriften für ein Verbot der NPD sammelt. Der Vorsitzende ist Theologie-Professor an der

Humboldt-Universität gewesen: Professor Dr. Heinrich Fink. Schon Tage vorm 13. Oktober hatte er in „Rote Fahne – Wochenzeitung der MLPD“ – geäußert: „Ich meine, dass der soziale Abbau in Deutschland eine Begünstigung der Nazis ist.“ Und zum breiten Spektrum des 13. Oktober in Berlin sagte er: „Ich finde es wunderbar, dass es ein solches Bündnis gibt. Ich habe immer noch in Erinnerung, was Martin Niemöller sagte, als ich noch ein junger Mensch war: `Wenn wir in den zwanziger und



dreißiger Jahren ein großes antifaschistisches Bündnis gehabt hätten, dann hätten wir den Faschismus verhindern können.“ Jetzt, auf unsrer Kundgebung, erinnerte Heinrich Fink, dass Hitler seine Herrschaft 1933 mit dem Marsch durchs Brandenburger Tor angetreten hatte. Heinrich Fink fügt hinzu: Die vielen Fraktionen der Linken reden viel von Einheit der Linken. Hätten sie heute nicht mit vielen Tausend Anhängern bei uns sein müssen?

Zwischen den Reden treten kleine Bands auf. Ihre Texte müssten jede Dis-ko erreichen. Was noch nicht ist, das kann noch werden. Am allerbesten hat mir aber der große Kinderchor „Rot-füchse“ gefallen.

Ohne geringsten Zwischenfall geht die Kundgebung zuende. Wer nicht so rasch zum Omnibus muss, verweilt noch vor der Tribüne. Frauen verschiedener Jahrgänge leisten sich ein Tänzchen. Auch Heinrich Fink verweilt noch, da zitiere ich aus Goethes Gedicht zu des Volkes Auferstehungstag: „**Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.**“

Arbeit gibt uns mehr als den Lebensunterhalt, sie gibt uns das Leben.

Henry Ford I. (1863-1947)

Sozialforum Deutschland in Cottbus

Von Rainer Thiel

Das Sozialforum Deutschland – 18. bis 21. Oktober in Cottbus, zweiundzwanzig Kilometer vor der Neiße-Grenze zu Polen – war bitter nötig. Mit fast hundertfünfzig Themen in über hundertfünfzig Foren, Seminaren und Workshops waren Termine zu lebens-



bestimmenden Themen arrangiert. Ein kleiner Stab von Aufrechten aus Sozialverbänden und Gewerkschaften (vor allem Ver.di) hatte exaktes Management geleistet. (Unter uns sind fähige Organisatoren! Wie übrigens auch unter den Lokomotiv-Führern!) Und die Könner haben wieder etwas hinzulernt. Wir müssten ihnen Schüler zuführen. Obwohl Cottbus keine reiche Stadt ist und sehr konservativ verwaltet wird, waren vorzügliche Beratungsräume, ein plurales Programm und akzeptable Massenunterkünfte bereitgestellt.

Doch die Teilnahme engagierter Bürger aus Deutschland und den Nachbarländern entsprach nicht den Erwartungen. Die Demokraten Polens standen in der heißen Schlussphase ihres Wahlkampfes (Wahltag 21. Oktober!). Die Demokraten Deutschlands konnten zumeist die weite Anreise nicht bezahlen. Probleme hatten sogar die höchst-engagierten Streiter der Sozialen Bewegung Land Brandenburg, also des Bundeslandes, in dessen Südostecke die Stadt Cottbus liegt. Sie sind fast alle Hartz IV, das ihnen die Reisefreiheit raubt. Das Loch in der Geldbörse wirkt wie einst die große Mauer. Aus dem nahen Görlitz traf ich zwei junge Frauen mit religiöser Orientierung, aus dem fernen Stuttgart einen entlassenen, auf Hartz IV gesetzten, ehemaligen Betriebsrat und einen freischaffenden Journalisten. Die Kosten des Sozialforums wurden generell durch Spenden getragen, das teilnehmende Publikum zahlte Gebühren, die Referenten zahlten

Gebühren für ihre Arbeit. Sehr hoch sind die Erwartungen der Initiatoren des Sozialforums von Anfang an nicht gewesen, doch selbst diese Erwartungen haben sich höchstens zu dreiviertel erfüllt.

Wie bitter nötig aber das Sozialforum war, will ich am Verlauf der beiden Workshops erläutern, die ich zum Thema „Arbeit – Freizeit – Freiheit“ moderiert habe. Die Diskussion war lebhaft. Alle fanden das Seminar interessant, und sie bedankten sich. Alle hatten böse Erfahrungen mit der katastrophalen Arbeitslosigkeit. Es schien mir auch gelungen zu sein, Verständnis für die Strategie zu aktivieren: „Arbeit umverteilen, Arbeit fair teilen, allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit“, um Arbeitsplätze freizumachen, Mindestlohn auf hohem Niveau, um mit dreißig Stunden Wochenarbeitszeit nicht weniger zum Leben zu haben als gegenwärtig mit vierzig Stunden, eher noch ein bisschen mehr. Schnell verständigten wir uns im Workshop: Dringend ist die Befreiung von Arbeitslosigkeit der zehn Millionen Erwerbslosen! Dringend ist die Befreiung von Angst vor Arbeitslosigkeit der zwanzig Millionen Erpressbaren! Dringlich ist deren Gewinn an Freizeit für Familie, Kinder, Hobby und politisches Engagement! Andernfalls gehen Millionen Menschen kaputt. Darin waren wir uns einig.

Allerdings hatte noch niemand darüber nachgedacht, dass diese umfassende Befreiung auch unter den herrschenden Verhältnissen erkämpft werden kann: Es gibt dreißig Millionen, die daran interessiert sind, es gibt konzeptionellen Vorlauf. Doch es gibt gewaltiges Defizit an Kenntnis der Möglichkeiten.

Umso schlimmer, dass die organisierten Linken – von Ausnahmen abgesehen – alles ignorieren: die konkrete Not der dreißig Millionen, die konkreten Konzepte zur Befreiung der zehn Millionen von bitterster Demütigung durch Hartz IV, also zur Befreiung von zwanzig Millionen Jobbenden von Angst und Erpressbarkeit. Die organisierten Linken – von Ausnahmen abgesehen – stehen abwartend beiseite. Sie haben keine Strategie. Sie warten, dass uns Südamerika den Sozialismus bringt, und manche nicht einmal das: Sie setzen allein auf Parlamentssitze. Sie nutzen nicht mal das Kasperle-Theater von

Beck und Müntefering um das ALG I, um selber in die Offensive zu gehen. Sie haben keine Strategie, wie wir – die Betroffenen – die herrschenden Verhältnisse ändern, die Spielräume des Kapitals einengen und unsere Spielräume erweitern. Sie denken an Koalition, um Junior-Partner von Flickschustern zu werden und die dreißig Millionen Betroffenen ruhig zu stellen, wie das im Bundesland Brandenburg schon seit Jahren geschieht. Sie haben nicht einen einzigen Omnibus gechartert, um wenigstens fünf Promille ihrer Mitglieder aus dem Oder-Spree-Kreis die achtzig Kilometer zur Demo in Berlin am 13. Oktober oder zum Sozialforum in Cottbus zu bringen, wo man sich Anregungen holen konnte.

Zu den wenigen Ausnahmen unter den organisierten Linken zähle ich Oskar Lafontaine, der uns daran erinnert: Schranken einreißen, um die Ausweitung partieller Streiks zu erleichtern. Die Ideen „Generalstreik“ und „politischer Streik“ müssen Platz greifen! Die Köpfe der dreißig Millionen Betroffenen müssen frei werden. Dann entsteht auch Mut!

Zu den wenigen Aufrechten unter den kompakt geformten Linken zähle ich auch Katja Kipping, die als Vize-Vorsitzende der Linkspartei und als sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und gelegentlich auch darüber hinaus engagiert ist. Doch was lese ich in der linken Zeitung „Neues Deutschland“? Zum Auftakt des Sozialforums forderte Katja Kipping ihre Partei auf, „sich noch stärker auf die sozialen Bewegungen einzulassen“. (ND 19. 10. Seite 1) Was heißt denn hier „noch stärker“? „Noch“ besser, „noch“ stärker? **Eigentlich** sind wir ja schon gut, wir klopfen uns gegenseitig auf die Schultern, ein bisschen „noch besser“ kann nie schaden. Ist das nicht Augenauswischerei? Selbstbetrug? In der DDR haben aufrechte Sozialisten unter Honecker gesagt: „Wir schwindeln uns in die eigene Tasche.“ Sie haben das nicht laut gesagt. Daran ging die sozial gestimmte DDR kaputt. Wer von der Linkspartei hat denn wenigstens angefangen, auf die sozialen Bewegungen zuzugehen? Auf die Millionen, die noch erweckt werden müssen? Immer wieder versprochen und nie gehalten? Das ist gefährlich. Warnen wir deutlicher! Schon wallen braune Nebel.

Die Kinderarmut müsste bestraft werden!

Von Birgit Kühr

Die Blätter fallen von den Bäumen und das Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Geschäfte füllen sich mit Weihnachtsartikeln. Wunderschöne Adventskalenen

Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, dass wir jetzt und auch in nächster Zukunft keine freie Stelle haben.“

Die Mutter schimpft und sagt, der Ein-Euro-Job, den ich ausübe, reicht auch

den Sie einen Antrag zur Übernahme der Kosten beim Amt stellen.

Hartz IV bedeutet nicht nur Armut, sondern bestraft unsere Kinder. Diese können nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Oftmals werden sie von anderen Kindern gemieden, weil ihre Kleidung vielleicht bei Aldi gekauft wurde. Aber auch auf das Lebensnotwendigste müssen sie oft verzichten, denn ein Mittagessen in der Schule können sich nur die Wenigsten leisten. Jetzt werden viele argumentieren, dafür gibt es doch Suppenküchen.

Ja, die Suppenküchen sprießen wie Pilze aus dem Boden. Sie werden auch immer mehr von Kindern genutzt. Aber das ist nicht nur für die Erwachsenen demütigend, sich in diese Schlange einzureihen, sondern besonders schlimm für die Kinder. Wie soll sich unter diesen Umständen ein Kind normal entwickeln? Diese Kinder sehen oft schon keine Perspektive mehr. Wenn man diese Kinder nach ihrem Berufswunsch fragt, erhält man von einigen eine merkwürdige Antwort:

„Ich werde Hartz IV.“

Auf diese Antwort der Kinder kann es nur eine Antwort der Erwachsenen ge-



der liegen in den Regalen und strahlende Weihnachtsmänner lächeln die Kinder an. Viele Kinder träumen von einer Playstation-Konsole, einem Fahrrad oder anderen tollen Sachen.

nicht zum Leben. Das ist eine Schande, denn ich mache die gleiche Arbeit wie früher, sagt sie. Aber vor ein paar Jahren war sie auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt. Was denken sich Politiker

Schon der Gedanke an Weihnachten bereitet jetzt schon vielen Eltern Alträume. Sie kennen die Wünsche ihrer Kinder und können sie nicht erfüllen. Sie wissen das und haben Angst vor den traurigen Kinderaugen. Die Haushaltskasse ist wie immer leer und die Kinder brauchen Winterschuhe und eine warme Jacke.

Obwohl die Eltern auf alles verzichten, reicht das Geld nicht, um für Weihnachtsgeschenke etwas zu sparen. Für die Schule benötigen die Kinder einen Taschenrechner und wegen des unansehnlichen Schulranzens werden sie von anderen Kindern gehänselt. Die unbezahlte Jahresendabrechnung für Strom liegt auch noch in der Schublade.

Der Vater versteht die Welt nicht mehr und blättert in seinen Bewerbungen. Über 50 Bewerbungen hat er in diesem Jahr geschrieben. Nur die Hälfte der angeschriebenen Betriebe haben überhaupt geantwortet. Er kennt die Antworten schon auswendig. „Zu unserem

überhaupt, sogar für den Schulbus müssen wir jetzt zuzahlen, sagt der Vater.

Aber auf die mehrtägige Klassenfahrt sollen die Kinder im nächsten Jahr nicht verzichten, da sind sich die Eltern einig. Für diese kleine Abwechslung wer-

ben. Der Protest auf der Straße, in und vor den Behörden muss wieder wachsen. Wir dürfen nicht länger diese Demütigungen, Schikanen, Versklavungen und Entmündigungen hinnehmen. Unsere Kinder haben es verdient, in einer gesicherten Zukunft aufzuwachsen.



Leserbriefe und Lesermeinungen



Es gibt keine dummen Deutsche, sondern nur unwissende!

Von Angelika Ferkel

Ob der Satzbau in dieser Form inhaltlich richtig ist, mag jeder für sich entscheiden.

Mit Entsetzen habe ich die Gegendarstellung der Frau Witte zum Artikel „Wir haben es geschafft“ aus der

lem. Oder? Ist es hier nicht wichtiger, dass die zahlreichen Aktivitäten ihre Würdigung fanden? Es wird doch hier ganz deutlich, dass die Allianz der selbst Hilfebedürftigen und der denkenden und wissenden Mitbürger eine Lösung gefunden und realisiert hat! Man sollte doch darüber nachdenken, wer nicht zur Lösung beigetragen hat.

fung und Aufklärung beigetragen hätte? So reiht sie sich nahtlos in die Reihen der (Un-) Kultur ein, die leider auch innerhalb der sozialen Protestbewegung gang und gebe ist. Welchen Anspruch will sie damit eigentlich verwirklichen? Schaut man sich die Namen an, mit denen Frau Witte in einem Atemzug genannt wird, z. B. in den Schreiben/Mails des Ko-Kreises des APSB mit Herrn Wahls, Herrn Schu und Co., dann wird natürlich einiges klar. Es sind da immer wieder dieselben, die mit der, vorsichtig ausgedrückt, „nicht ganz korrekten“ Wieder- und Weitergabe von Informationen glänzen. Eine Richtigstellung dieser Informationen ist viel, viel angebrachter. Kann Frau Witte nicht damit leben, dass sie bei dieser Aktion nur die „Zweite“ war? Es ist nicht gut, wenn man sich mit solchen Mitteln in die erste Reihe drängeln will.



Ausgabe 14/2007 zur Kenntnis genommen. Daraufhin habe ich mir den besagten Artikel noch einmal gründlich angeschaut. Ich habe aus diesem Artikel heraus gelesen, dass es eine wunderbare Aktion war. Viele Mitstreiter im Kampf gegen den Sozialabbau und selbst Betroffene haben sich an dieser Aktion beteiligt. Ich lese aus den „anrühenden“ drei Sätzen nur eines heraus, dass das Engagement und die Hilfeleistung der Frau Witte **positiv** herausgestellt wurde. Das steht ja wohl über al-

Was bezweckt Frau Witte mit dieser Gegendarstellung? Ist es vielleicht Ihre Absicht, diese gute solidarische Aktion kaputt zu machen? Warum hat Sie nicht einfach nur eine private E-Mail an die Redaktion geschickt, sondern gleich mit Anzeige gedroht, wenn die Gegendarstellung nicht veröffentlicht wird? (Diese Information habe ich aus einem Telefongespräch mit einem Redaktionsmitglied.) Oder wäre es nicht viel, viel besser gewesen, wenn Frau Witte in einem sachlichen Leserbrief zur Vertie-

Als Leser fand ich diese Aktion sehr gut. Ob nun Frau Witte Gewerkschaftsfunktionärin ist oder nicht, spielte für mich keine Rolle. Aber eines weiß ich ganz genau: Ich werde Frau Witte niemals um Unterstützung bitten. Frau Witte, ihre Gegendarstellung war ein Schuss, der nach hinten losgegangen ist!

Kunstwerke als Achtungszeichen für die Regierung

Seit September läuft ein Aufruf „Kunststimmen gegen Armut“ durch ganz Deutschland. Die Idee: Viele kleine und große Künstler, Autoren, Kulturschaffende und möglichst enorm viele kreative Bürger aller Schichten, Regionen und jeden Alters, sollen und wollen ihre eigenen Werke als Stimme gegen die zunehmende, neue Armut in Deutschland an die Bundeskanzlerin schicken. Diese Initiative, von vier jungen bildenden Künstlern aus dem Kölner Raum angeschoben, will genau am Dienstag, den 13. Nov. 2007, eine öffentliche Post-Initiative starten. Sie macht auf den weiteren moralischen Verfall und zunehmende Verarmung in unserem reichen Land aufmerksam. Alle Paket- und Briefpostsendungen dafür sollen exakt am gleichen Tag zur Post gebracht werden. In Berlin werden sie alle zur gleichen Zeit öffentlich wirk-

sam bei der Bundesregierung in Berlin eintreffen.

Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Aus allen Teilen des Landes sollen eigene Bilder, Zeichnungen, Drucke, Fotos, Objekte, Gedichte oder sonstige Wortbeiträge als persönliche kreative Meinungsäußerungen dort ankommen. In ihrer Gesamtheit sollen sie als eine Form der Politik von unten freiwillige, freudige und sinngebende Gedankenimpulse setzen für mehr Mitbestimmung, Würde und Gerechtigkeit.

Der komplette Aufruf, Anregungen, auch ein Muster für ein Anschreiben, stehen unter:

www.kunststimmen-gegen-armut.de/

Wir bitten Sie, diesen Link ebenso auf Ihrer HP und in ihren Printmedien zu veröffentlichen. Die Seite liefert auch Hintergrundgedanken, Ziele und Anregungen über nachhaltige, ökologische Lebensformen und motiviert die Leser, damit selbst aktiv zu werden.

Wer keine eigenen Ideen hat - das macht nichts. Vorlagen, Infos und Links mit Vorschlägen gibt es genügend auf dieser Internetseite. Es kann, aber es muss keine Eigenkreation sein. Aber eine niveauvolle, persönliche Meinungsäußerung, ein eigenes künstlerisches Anliegen eben, das der Bundesregierung mitgeteilt wird.

Für Öffentlichkeit und Medienwirksamkeit für die Aktion insgesamt wird gesorgt. Bitte verbreiten Sie ebenfalls diesen Link

www.kunststimmen-gegen-armut.de/ überall hin, damit sich viele Bürger beteiligen!

Leserbriefe und Lesermeinungen



„Von Schweinen und Menschen“

Von Ludger Spellerberg

Als ich 17 war, da erfuhr ich mit John Steinbecks Buch „Von Mäusen und Menschen“, wie es um die Existenz des Menschen oder den Traum von einem besseren Leben bestellt ist. Heute bin ich 49 und ich erfahre mit dem Erstlingswerk des Autors Hans Ulrich Jauchner, was sich im Reich der Schweine so abspielt oder wie es um die Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik (Berliner Republik) steht.

Kennen Sie Hasso von Stenz, Andreas Anspeichler, den Sozialmanager Dr. aap. 5mult. Wolfgang Boom oder die Talkshow-Diva Sabrina Euphonia Rott-Zuurflees? Sie sagen nein. Die kennen Sie nicht. Sie irren. Es sind Personen, die der Autor Hans Ulrich Jauchner nicht erfunden hat. Sie sind real und stehen im Mittelpunkt seines satirischen Romans mit dem Titel: 2010 Das Schweineimperium. Wie korrupte Parteiencliquen die Demokratie zerstören. Ein Roman über den großen Putsch von oben. Erschienen bei Books on Demand im Juli 2007, 2. Auflage Oktober 2007. Wenn dann im Kapitel 3 die Frauburtels-Stiftung auf der Bühne erscheint, dann erahnt der Leser, was ihn erwarten könnte.

Wir haben uns daran gewöhnt, dass die vermeintlich wirklich wichtigen Bücher in der ZEIT, der Süddeutschen und der FAZ rezensiert werden. Von dieser Tradition rücken wir im Fall Jauchner ab. Er erklärt die Welt der Politik ungeschminkt. Baudelaire hatte recht, wenn er sagte: „Literatur ist der Ort, an dem die Masken fallen.“

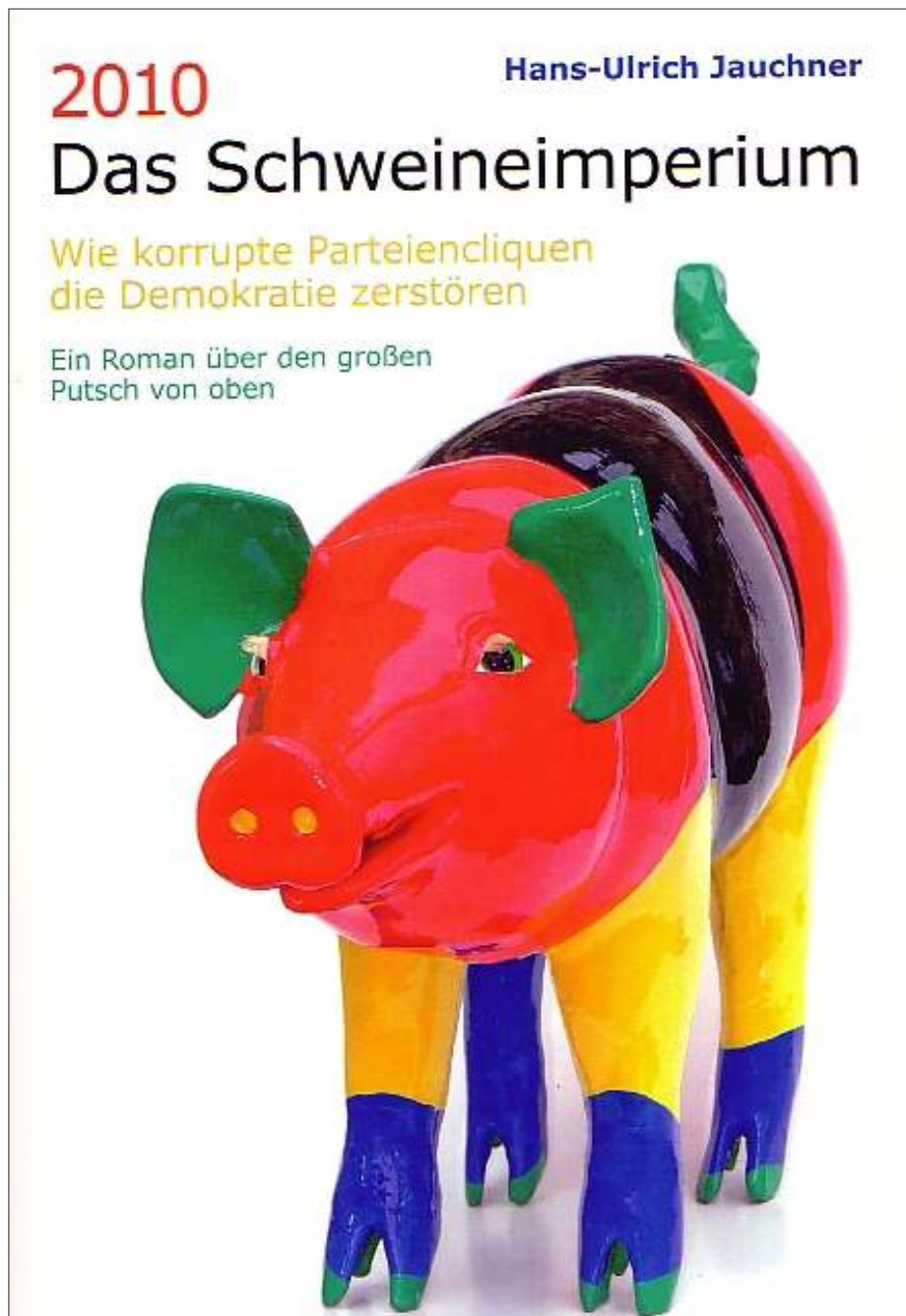
In Jauchners Kurzroman holt es die Politiker am Ende ein. Spätestens seit der Barschelaffäre wissen wir, dass es so kommen kann. Hat es genetische Ursachen oder ist es die ausgleichende Gerechtigkeit, wenn sich die Protago-

„An allem Unfug, der passiert, sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun, sondern auch die, die ihn nicht verhindern.“

**Erich Kästner (1899-1974),
dt. Schriftsteller**

nisten im Schlusskapitel in unansehnliche Schweine verwandeln? Offen bleibt

Finanzminister bereit stellen können. Die letzte Erhöhung der Mehrwert-



die Frage, ob es sich bei der Metamorphose des Direktoriums der „Strahl der Freiheit AG“ um Hausschweine (*Sus scrofa domestica*) oder um Wildschweine handelt. Möglicherweise ist die Figur des Dr. aap. 16mult. Andreas Konfident eher *Sus scrofa* zuzuordnen.

Anmerkung: Wir wissen nicht genau, wie lange das CGK (Chaos Große Koalition) noch andauern wird. Das Buch von Hans Ulrich Jauchner sollte aber schon heute allen Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehen. Die Mittel dafür dürfte der designierte

schweinsteuer sollte es möglich machen. Mit etwas Verbitterung sehen wir, dass sich viele der Schweinchen aus der Vorgängerregierung auf hoch dotierte Posten in der entfesselten Marktwirtschaft absetzen konnten. In diesem Buch kommt neben der Kraft der Sprache auch der Humor nicht zu kurz. Es ist wie ein Spiegel. Einfach mal reinschauen. 184 Seiten, die des Lesens wert sind.

Erschienen bei: Books on Demand GmbH Norderstedt
ISBN-13: 9783837001426, 16,80 Euro

Leserbriefe und Lesermeinungen



Vom schwierigen Umgang mit Fehlern

Von Max Graffunda

Zunächst einmal – dort wo Menschen arbeiten, denken, politisch lenken oder einfach tätig sind, kann es passieren, dass Fehler gemacht werden. Das liegt



in der Natur des Menschen, wir sind eben nicht vollkommen. Mache ich meine Fehler im stillen Kämmerlein, ist alles kein Problem. Einfach den falsch geschriebenen Brief neu schreiben und wieder in den Umschlag damit. Passiert mir so etwas unter mehr als zwei Au-

gen, ist guter Rat teuer. Gebe ich zu, mich geirrt zu haben und „verliere“ damit an Ansehen, oder lache ich mit den anderen über das Missgeschick?

In der großen Politik sind diese Entscheidungen etwas schwerer zu bekommen. So gibt man zwar zu: „Hartz IV ist kein Erfolg“, um dann trotzig zu sagen „Weiter so!“ Welcher Politiker gibt schon gern zu, sich geirrt zu haben? Nur wenn es an die große Glocke kommt, sich die Medien darauf stürzen, muss man reagieren. Entweder, weil man wiedergewählt werden will, oder um „Schaden von der Partei“ abzuwenden. Manch einer macht nicht einmal das, weil er sich immer noch im Recht fühlt.

Auch „Die Linke“ ist vor diesem Dilemma nicht gefeit. Aber zu den Fehlern zu schweigen oder zu versuchen, sie unter den Teppich zu kehren, macht „Die Linke“ unglaubwürdig. (Nichts ist so fein gesponnen, es kommt doch an

das Licht der Sonnen.) Wenn sie weiterhin wählbar bleiben will, muss sie einen sauberen Schnitt machen und die Fehler korrigieren. Auf lange Sicht wird es ihr der Wähler danken. Andernfalls wird sie angreifbar und besonders die Leute von ganz rechts werden diese Schwäche ausnutzen.

Wer denkt, mit Schweigen das Problem aus der Welt zu schaffen, der irrt. Wenn erst über eine Sache Gras gewachsen ist, kommt sicher ein Kamel vorbei, das alles wieder runter frisst. Wenn man sich als Alternative versteht, muss man dies auch in Reaktionen auf Fehler deutlich machen.

Es scheint so, als ob „Die Linke“ in Erfurt die Bürgerinitiative zur Rettung des Wiesenhügels nur deshalb nicht unterstützt, weil sie dann die Rolle ihrer Vertreter dabei hinterfragen müsste. Das sollte sie aber ruhig tun, denn – siehe oben!

Thesen zur aktuellen Situation

Von Max Graffunda

Versucht man, die aktuelle politische Situation ohne eine ideologisch gefärbte Brille zu sehen, ergibt sich folgendes durchaus unvollständiges, Bild:

- Bei einigen Wenigen hat sich das Bewusstsein (ab 2003/04) entwickelt, andere versinken in der staatlich geförderten und gewünschten Apathie.
- Es gibt einen schwachen Linksruck in der Gesellschaft, dafür in DER LINKEN dagegen! (Man spricht von äußeren Zwängen, der Koalitionsfähigkeit usw. usf.)
- Die Jugendlichen kamen vom G8-Block, fühlten eine andere Welt ist möglich – hat irgendjemand sie da abgeholt?
- Die Regierung baut den Staat immer mehr im Sinne der Wirtschaft um. Dabei bleiben auch demokratische Rechte und Freiheiten auf der Strecke.

- Klassenkampf in den Betrieben ist örtliches Aufbegehren, aber zumeist nur wegen des Arbeitsplatzes, dem persönliches „Wohl“ (auch wenn es solidarische Aktionen gibt).
- Wir haben keine Instabilität des Kapitalismus, das Kapitalvermögen wird immer mehr, wogegen der Anteil der unteren Schichten immer geringer wird.
- Wenn das Projekt DIE LINKE scheitert, werden sich wenig Chancen einer anderen Partei ergeben. Die Menschen, die ihre Hoffnung darauf setzten, werden, wenn sie dann noch aktiv sein wollen, sich auf sporadische Projekte stützen.
- Eine neue Massenpartei gibt es dann nicht, weitere Splittergruppen sind nicht hilfreich!
- Es gibt eine zunehmende anti-kapitalistische Strömung – aber auf sehr niedrigem Niveau!

- Auch wenn sich in Umfragen 70 Prozent als links bezeichnen, ist das bei dieser Zerstrittenheit, was nun eigentlich links ist, zu wenig.
- Wenige können von innen DIE LINKE nicht in die richtige Richtung schubsen! Schlussfolgerung: Es müs-



sen viele sein, und es muss zusätzlich tagtäglich von der Straße starker Druck kommen!

- Mehr Selbstfindungsgruppen und Debatteklubs braucht Deutschland nicht. Gefragt sind machtvoll (möglichst einige) Aktionen mit positiven Ergebnissen (Erfolge – keine Sieche – sondern Siege).

Wiesenhügel Erfurt

Wem gehören die Wohngebäude?

Von Lothar Großer

Die von den Erfurter Bürgern gewählten Stadträte fühlen sich als Eigentümer der zur DDR-Zeit in Erfurt gebauten Wohngebäude. Sie beabsichtigen,



Quelle: Bernhard Petri

diese entgegen dem Willen der Bewohner durch die ihnen unterstellte Kommunale Wohnungsverwaltung zu vermarkten.

Das ruft die Frage nach den Eigentumsrechten hervor.

Wohnungsneubauten wurden in der DDR im Bezirksmaßstab geplant und gebaut. Die Finanzierung erfolgte aus dem Steueraufkommen.

Steuern bezahlte jeder damals Berufstätige. Das geschah im Durchschnitt ab Sechzehn. Arbeitslose – also nicht zum Bezahlen des Wohnungsbaues Beitragende – gab es in der DDR nicht.

Daneben gab es noch in großem Umfang persönliche Arbeit Leistende. Somit haben alle, die zur Finanzierung und Schaffung dieser Wohnungen beigetragen haben, auch Eigentumsanspruch auf diese Wohnungen.

Dem sehe ich durch den Gesetzgeber bis heute Rechnung getragen, indem dieser die Mieter dieses Wohnraums nach wie vor vertraglich gesichert hat.

Die KOWO hat ihre Aufgabe zur Erhaltung und Pflege dieser Wohnanlagen

bereits aus der DDR-Zeit im Auftrag des Eigentümers Volkseigentum. Ob sie dies nach der Wende gerecht getan hat und mit den dazu verfügbaren Geldern ordnungsgemäß verfahren ist, ist eine andere Sache, die gesondert zu überprüfen ist. UND: An dieser Stelle soll auch festgestellt werden, ob der damalige Stadtrat unter dem OB Ruge dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Eigentum auch tatsächlich entsprochen hat.

Auf die Frage nach dem Recht auf Eigentum an diesen von der KOWO verwalteten Wohnungen wurde in der öffentlichen Bürgersprechstunde der KOWO am 12. September 2007 in der Erfurter Thüringenhalle die Behauptung aufgestellt: Der Übergang der volkseigenen Wohngebäude in das Eigentum der Städte bzw. Ortschaften sei durch den Einigungsvertrag geregelt worden.

Doch: Steht der Einigungsvertrag über dem Grundgesetz? Ein Vertrag hebt das Grundgesetz aus? Nein, das Grundgesetz sichert das Eigentum!

Wagt es ein von seinen Bürgern gewählter Stadtrat, ohne ein tatsächlich gesichertes Recht auf Eigentum, Entscheidungen zu treffen, damit auch das Grundgesetz zu missachten? Die Damen und Herren Stadträte und ihr Oberbürgermeister und deren juristische Berater sollten sich darüber klar werden, dass die Verfügung über fremdes Eigentum ein strafbares Delikt (Hehlelei) ist und sich auch darüber klar werden, was sie damit und mit Verletzungen des Grundgesetzes auslösen könnten...!

An einer Stelle ist die Eigentumsfrage bereits von Beginn an richtig und im Sinne des Grundgesetzes geklärt: Betriebe, die in der DDR enteignet worden sind, sind an die ehemaligen Eigentümer zurück gegeben worden! Und mitgeschaffenes Wohnungseigentum – wie wird mit diesem verfahren? Und: Nach dem Grundgesetz ist das Wohnrecht gesichert – wie ist das auszulegen? Das kann endgültig nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden, vielleicht sogar nur der Europäische Gerichtshof!?

Das Geld für solche Prozesse (wie sie

bereits von der Stadt angestrengt worden sind und die sie verlor) bezahlt jedes Mal die Erfurter Bürgerschaft – also wir?

Werden wir dann nicht fragen: Sind wir weiterhin bereit, Stadträte zu bezahlen, die das Recht umgehen? Wer sind die Ratgeber solcher Stadträte, des Oberbürgermeisters? Wessen Interessen vertreten sie?

Zur Klärung dieser Eigentumsfrage sehe ich zwei Möglichkeiten (um einer Klärung Rechnung zu tragen sollte kein voreiliger Beschluss über eine Planungsvariante gefasst werden, und wer ihn dennoch fassen sollte, wird damit rechnen müssen, persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden):

1. Die betroffenen Bewohner können auf dem Klagewege die Kraft und Wirkung des Grundgesetzes auf ihr Eigentumsrecht durchsetzen. Das würde möglicherweise über das Bundesverfassungsgericht hinaus gehen bis zum Europäischen Gerichtshof – und sehr lange dauern. Während dieser Zeit hätte niemand Veranlassung, seine Wohnung aufzugeben...!

oder

2. Alle auf dem Gebiet des einstmaligen Bezirkes Erfurt wohnenden und die mit ihrer Arbeitsleistung Miteigentümer an dem der KOWO anvertrauten Wohneigentum gewordenen Menschen sollten auf dem Wege einer öffentlichen Wahl gebeten werden, zur Klärung der Eigentumsfrage beizutragen. Zur Wahl sollte vorgeschlagen werden:

- Einen persönlichen Verzicht auf das anteilige Eigentum zugunsten aller gegenwärtigen Bewohner durch ankreuzen zu erklären

oder

- Den Willen, an der Nutzung dieses Eigentumsanspruches teilzuhaben durch Bezug einer dieser Wohnungen zu den derzeit üblichen Bedingungen durch ankreuzen zu erklären.

Ich persönlich und meine Ehefrau erklären unseren Verzicht auf ein anteiliges Eigentum zugunsten der gegenwärtigen Bewohner.

Eine „Verjährung“ zugunsten der Stadt Erfurt trifft auch nicht zu, da die Regeln aus der DDR-Zeit bis zur Gegenwart wirken und erst jetzt zur Streitigkeit führen.

Die größtmöglichste Einheit zu schaffen

Von Klaus Buschendorf

Die heutige soziale Bewegung steht vor dem Problem, dass es viele kleine „Netzwerke“ gibt, die sich nicht auf gemeinsame Standpunkte einigen können und deshalb getrennt agieren (und manchmal fast feindlich untereinander sind). Wir sollten deshalb nach dem „kleinsten gemeinsamen Nenner“ suchen und von dort aus uns bemühen, das Problem zu lösen.

Unsere Gesellschaft ist heute so aufgebaut, dass 10 Prozent der Bevölkerung über 50 Prozent des Volksvermögens verfügen. Das sind Superreiche, die in der Einkommenspyramide ganz oben stehen. Damit sind sie aufgrund des herrschenden Geldsystems die faktisch Regierenden über die restlichen 90 Prozent. Ihr Vermögen gestattet ihnen, diese Herrschaft auszuüben. Die jeweilige Regierungsform ist dabei gleichgültig. Am besten lässt sich in Europa diese Herrschaft durch die westliche Demokratieform tarnen, die mit den Begriffen der Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz den restlichen 90 Prozent etwas vorgaukelt. Die Mittel dazu sind die Massenmedien und ihr verwirrender Umgang mit Sprache und Bild. Man muss auch das Bildungssystem zu diesen Mitteln rechnen. Die Selektion in deutschen Schulen nach dem Geldbeutel der Eltern ist aus Sicht der Herrschenden nicht beklagenswert, sondern absichtlich. Die breite Masse der Menschen wird so aufnahmefähig gemacht für die Propagandaformen der Massenmedien. Warum also sollten die heute Herrschenden (nicht zu verwechseln mit den Regierenden) daran etwas ändern wollen?

Gehen wir also davon aus, dass heute 10 Prozent der Bevölkerung 90 Prozent gegenüber stehen. Das Problem für uns ist: Diese 90 Prozent wissen das nicht oder nur zu geringen Teilen.

Wie üben diese 10 Prozent die Herrschaft aus? Sie tun es über das Geldsystem des Kapitalismus. Kaum einer der heute lebenden Menschen kennt ein anderes. Darum erscheint es dem einfachen Bürger als das einzig mögliche. Er jammert und meckert darüber, hält es aber für sinnlos, etwas dagegen zu tun. Im Osten kommt die negative Erfahrung hinzu, dass selbst „die friedli-

che Revolution von 1989“ nur Wenigen wirklichen Nutzen brachte. Perspektiven, dass sich die Gesellschaft langfristig ändern könne, werden von den meisten Menschen nicht gesehen.

Menschen aus intellektuellen Kreisen mit Einsicht in solche Zusammenhänge wollen deshalb das Geldsystem ändern. Die Einführung von „Regiogeld“

**Arbeit
Gibt
Es
Nicht-
Dafür
Armut**

ist ein solcher Versuch. Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Das heutige Geldsystem wurde von **Menschen** eingeführt, die mittels des Geldes herrschen wollen. Heute verfügen sie über genügend Macht, dieses System zu verteidigen. Man wird Versuche mit „Regiogeld“ dulden, um die Aktivisten damit „totlaufen“ zu lassen. Bei einer wirklichen Gefahr für das System werden solche Versuche unterbunden.

Wie ein guter Arzt nicht hauptsächlich die Symptome, sondern die Ursachen einer Krankheit behandelt, müssen wir die Ursachen unserer heutigen gesell-

schaftlichen Situation bei den Menschen suchen. Das sind diese 10 Prozent der höchsten Einkommensgruppe. Daraus ergibt sich umgekehrt der Schluss, dass **potenziell** 90 Prozent aller Menschen unsere Verbündete sein könnten! Welche Schwierigkeiten erwarten uns, diese 90 Prozent für uns zu gewinnen?

Es sind ganz einfache, menschliche Verhaltensweisen, die das Herrschaftssystem jener 10 Prozent begünstigen. Der Mensch ist gewohnt, sich an Vorbildern auszurichten. Die Massenmedien vermitteln Vorbilder vor allem aus dem Kreis der Besitzenden. So richtet sich in der Einkommenspyramide jeder Einzelne an der nächsten höheren Einkommenschicht aus. Damit entsteht ein Automatismus: Je höher der Einzelne in der Einkommenspyramide zu stehen glaubt, desto mehr fühlt er sich von der nächsten höheren Schicht angezogen. Er denkt wie diese, fühlt wie diese – und die Massenmedien tun alles, dass er seine eigenen Mängel gegenüber dieser höher stehenden als Mängel „seiner eigenen Tüchtigkeit“ begreifen soll. Dieses Bild ist natürlich falsch. Doch ständiges Wiederholen macht auch Lügen glaubhafter – und an Wiederholungen ist beispielsweise durch die Vorabendserien im Fernsehen ja kein Mangel.

So wird dem einfachen Bürger vorgaukelt, dass jeder „seines eigenen Glückes Schmied“ sei, wenn er nur genügend tüchtig ist. Einzelne Beispiele, wie das Leben von Bill Gates in den USA, die ALDI-Brüder in Deutschland, scheinen diese These zu stützen. Dass solche Ausnahmen niemals die Perspektiven vieler Menschen sein können, wird tunlichst verschwiegen, um Fatalismus bei den meisten Menschen „von innen heraus“ wachsen zu lassen.

Wie nun gegen diese Situation angehen? Wir haben ein mächtiges Instrument in unserem Rücken, von dem kaum jemand praktischen Gebrauch macht. Nur bei Festreden wird manchmal daran erinnert. Es ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Für uns als Protestbewegung halte ich dabei die Artikel 1 und 14 als **die** zentralen Punkte, mit denen in den Köpfen der Menschen etwas zu bewegen ist.

....

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Konkurrenz

Es wird sein eine Zeit, da ist alles mit allem verknüpft.

Aus „Filosofische Märchen“
Von Klaus Buschendorf, Erfurt
ISBN 3-8311-4552-0

Heute soll er zum ersten Mal „Besuch“ erhalten. Für die Lebenden sei es ein Traum, sagten ihm die älteren Körperlosen. Noch nicht lange war er nur „Seele“, wie die Menschen sagten. Für den Besuch bekäme er wieder einen „Körper“. Der Besucher aus der materiellen Welt sähe ihn, als sei er wirklich. Dabei ist alles Schein, was der Träumende in seiner kurzen Traumzeit sähe. Er könne unbefangen sprechen, ergänzten die erfahrenen Seelen, die solchen Besuch schon kannten. Das Richtige würde schon im Kopf seiner Tochter hängen bleiben, dass sie es gebrauchen könne im Leben.

Dann saß sie neben ihm in diesem feinen Lokal und wunderte sich sehr, ihn hier zu treffen. – Für ihn verbot es sich, sie aufzuklären. „Frage, Tochter. Dich muss Wichtiges beschäftigen, sonst säßest du nicht hier.“ – „Es war so schön am Niederrhein. Du weißt, ich bin im Zorn von euch fort. In diesem Sachsen waren alle so verbissen. Du kanntest nur deine Arbeit, wolltest aufbauen, den Menschen dienen. Endlich könntest du das richtig. Ich war dir nicht wichtig. So ging ich weg. Unbeschwert habe ich bei Köln gelebt, bis die Mauer fiel. Warum werden jetzt die Menschen bei uns so grob zueinander? Warum gehen kleine Läden reihenweise zugrunde? Es war so geruhsam in meiner kleinen Stadt. Ist der Osten schuld, der zu uns kam über Nacht?“ – Sie hatte noch erlebt, wie er als Webmeister Direktor wurde und das Wort „Volkseigentum“ wörtlich nahm. Er führte den Betrieb wie sein Eigentum, wie er es von guten, menschlichen Unternehmern vorher sah. Solche gab es schließlich auch. Das betraf nur seinen Einsatz für das Werk, seine Arbeiter. Er nahm sich nicht mehr, als die Partei ihm zugestand: Seinen

Lohn. Er empfand das als gerecht. Dafür hatte er vorher gelebt und gekämpft. Einiges kannte sie selbst aus der Sicht des Kindes. – „Und als ich weg war?“ – „Deine `Republikflucht` gab ihnen den offiziellen Grund, mich abzulösen. Später begriff ich mehr.“ Zu viele Freiheiten nahm er sich heraus nach ihrer Meinung. Er sprach von „ihnen“. Früher rechnete er sich dazu. „Sie“ schrieben immer mehr vor – er rebellierte. Bis er begriff: Das war kein „Volkseigentum“. Es wurde „Partei-eigentum“ und je mehr sich das zentralisierte, wurde es Monopoleigentum. Ein gigantisches Monopol umfasste vollständig Wirtschaft und Staat – er erinnerte sich alter, noch im Geheimen abgehaltenen Schulungen, in denen gewarnt wurde vor der schlimmsten Form der Ausbeutung – dem staatsmonopolistischen Kapitalismus. „Den hatte die DDR in Wahrheit am Ende ihrer Tage. Über einen seltsamen Umweg hat die DDR tatsächlich `überholt, ohne einzuholen`, wie es einmal Walter Ulbricht formulierte beim Vergleich der DDR mit der Bundesrepublik. Aber dieser Monopolkapitalismus blieb getarnt vor Freund und Feind als `real existierender Sozialismus`. Wo nahm er diese Täuschung her?“ Er antwortete sich selbst: Kapitalisten, wie die Menschen sie gekannt, mit viel Geld, die sich alles leisten konnten, gab es nicht. Die Partei achtete streng darauf, dass Spitzenverdiener nicht mehr als das Vierfache eines Facharbeiters bekamen. Das machte das Land reich, es gab Kredite selbst an den „großen Bruder“, die Sowjetunion. Es baute deren Erdölleitungen nach dem Westen, all das, ohne je wirklich Hilfe nach dem großen Krieg bekommen zu haben, gar unter Belastung von Kriegsreparationen. Das war das Ergebnis der Arbeit vieler ehrlicher Idealisten, auch seiner Arbeit. – „Wo ist das Geld geblieben, Vater, die DDR war doch ein Ar-

menhaus für seine Bürger?“ – „Es ist nicht recht, so zu reden. Kostenlose Krankenversorgung, niedrige Mieten und Fahrpreise, billige Energie, gute Schulen – das vermissen heute die Bundesbürger. Doch damals erzählte man auch hinter vorgehaltener Hand: In Luanda, der Hauptstadt von Angola, landen drei Schiffe. Eins kommt von Kuba, eins aus der SU, eins aus der DDR. Als sie wieder abfahren, marschieren eine Militäreinheit zum Kampf gegen Konterrevolutionäre aus dem Hafen – schwarze Kubaner als Soldaten, Waffen aus der SU, Bekleidung und Ausrüstung aus der DDR. Es gab viele Angolas.“ Bei allen Menschen, die übermächtig werden, gelten schlaue Köpfe nicht mehr. Warner und Sorgende werden zu Feinden gestempelt. So verkamen die Betriebe, in denen der Reichtum geschaffen wurde. Bald brauchte der Staat selbst Kredit. Aber für das Leben der Bürger war gesorgt. Auch kein Selbstständiger „ging pleite“. Das rief das andere Deutschland auf den Plan. Es musste immer ein klein wenig besser zu seinen Bürgern sein. War es auch. Aber warum sollte es das nach 1989 noch bleiben? – Da erzählte die Tochter ihrerseits von einer Karibikreise, von Worten einer Reiseleiterin, die sie nie verstand: „Nachdem Fidel Castro in Kuba siegte, hat Amerika viel für die Entwicklung der Karibikinseln getan...“ – Da war Konkurrenz entstanden in Mittelamerika zwischen Kuba und den USA. In Europa ging sie verloren mit dem Wegfall des „Eisernen Vorhangs“. – „Nachdem Rom das mächtige Karthago besiegte, kümmerte sich der Staat immer weniger um seine Bürger, beschäftigte sich mit sich selbst. Bürgerkriege zerrissen das Imperium.“ Er sah die Tochter in sich zerfließen, die Zeit, der Traum war um. „Ein andermal ...“

Fest schief die Tochter wieder. Ein Satz als Zipfel zum Erinnern blieb greifbar, dem Vergessen entzogen: Es ist alles schon einmal da gewesen – nur eben ein kleines bisschen anders.

Stellungnahme der Redaktion

Wir halten die Gehalts-Forderungen der GdL für gerecht, auch im europäischen Vergleich. Hansen, als Funktionär von Transnet, hätte doch sagen können: Diese Forderungen einer Berufsgruppe des Schienenverkehrs werden von Transnet übernommen. Hat er aber nicht. Er hätte froh sein können, mit der Berufs-Gruppe der Lokführer ein Zugpferd in seiner Gewerkschaft zu haben. War er aber auch nicht. Ist er da nicht der Spalter? Wir glauben: Ja! Da tut GdL recht daran, einen eigenen Tarifvertrag zu fordern. Ist das nicht logisch? Ist das nicht eine Warnung an alle Spalter? Läge das nicht im Interesse aller Beschäftigten? Schon vor drei Jahren im sächsischen Metaller-Streik um kürzere Arbeitszeiten hat die Gewerkschaftsführung die mutigsten Gewerkschafter ausgebremst. So etwas wird nicht vergessen! Auch nicht die Streiks der Opelner und der Müllfahrer in Süddeutschland.

Transnet versus Lokführer

Von Klaus Buschendorf

Die Lokführer bleiben standhaft. Sie beugen sich nicht dem Bahnvorstand, nicht zweifelhaften Richtersprüchen. Doch neben diesem Konflikt schwelt ein anderer. Die große Gewerkschaft Transnet ist sauer. Die kleine Gewerkschaft der Lokführer macht ihren eigenen Erfolg zweifelhaft.

Angefangen hat das mit den Piloten. Eine Organisation, die es nur als Standesvereinigung Cockpit gab, formiert sich zur Gewerkschaft und setzt

nigen zufrieden. Sie sprach vom Erfolg.

Und nun Transnet: 4,5 Prozent mehr Lohn sind für sie ein Erfolg. Doch die Top-Manager der genehmigten sich allein im Jahr vorher 26 Prozent Lohnzuwachs. Warum sind Gewerkschaftspitzen so bescheiden?

Die Gewerkschaft hat Sitz und Stimme im Aufsichtsrat. Schön. Doch das hat auch Gefahren. „Womit man umgeht, das hängt einem an“, sagt der Volksmund. Der Gewerkschaftsfunktionär im Aufsichtsrat wird mit „betriebswirt-

ist Allgemeinwissen. Man darf nicht aus kriminellem Einzelfall generell Verstrickung aller Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre folgern. Nein, da gibt es viele ehrliche Leute. Doch die Gefahr besteht: Womit man umgeht, hängt einem an. Ganz unbemerkt gleiten sie allmählich aus der Logik der Arbeitnehmer in die „betriebswirtschaftliche Logik“ und ihre scheinbaren Notwendigkeiten. So kann es Peter Hartz ergangen sein: Stets ehrlichen Herzens „hinüber gerutscht“ und das nicht bemerkt. Denn seine Karriere begann als Gewerkschaftsfunktionär.

Weil das schon oft geschah mit den Leuten „an der Spitze“, brachen eben diese Leute die Spitze der Bewegung ab: Aus „betriebswirtschaftlichen Zwängen“. Dann kommt so eine kleine, neue Gewerkschaftstruppe Cockpit und beschämt die großen, alten Organisationen. Nun tun die Lokomotivführer Gleiches. Ich wünsche den Lokführern und ihren Funktionären, weiter große Standfestigkeit! Auch von Top-Managern können praktische Einsicht und Verzicht verlangt werden, damit Lokführer (und andere) im Lohn nachziehen können. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig! So entsteht Selbstbewusstsein – und nicht anders.

**Arbeit für UNS -
HARTZ IV für die
REGIERUNG!**

als kleines Spezialistenhäufchen mehr Lohn durch, als die große Gewerkschaft zu fordern wagte. Nun wiederholt sich das. Warum?

Vor Jahren streikte bei Opel die Belegschaft und in Süddeutschland die Müllfahrer. Unbefriedigend für die Streikenden gingen diese Arbeitskämpfe zu Ende. Das Wenige für diese Anstrengung – eine Woche länger die Müllsäcke stehen lassen, dann hätte es sich gelohnt, sprachen die Müllmänner. Doch die Gewerkschaftsführung war mit dem We-

schaftlicher Logik“ konfrontiert. Er muss standhaft sein und sich immer wieder sagen, dass diese Logik nicht seine Logik sein muss. Und er erhält Geld und Wissen, das verführt. Erstmals erfuhr man von solcher Gefahr, als der Chef einer Gewerkschaft, Steinkühler, zurücktreten musste wegen Insidergeschäften mit Aktien. Das war zur Zeit der „Bonner Republik“. Inzwischen ist aus dem Einzelfall möglicher Verführung Normalität geworden. Der Sumpf bei VW zwischen Top-Managern, Gewerkschaft und Betriebsrat

So, wie die Piloten zum Leuchtturm in der Arbeitskampslandschaft wurden, können es auch die Lokführer werden! Sie sollten es nicht bleiben. Doch nicht, indem man ihren Leuchtturm abreißt, sondern: Indem die großen, alten Gewerkschaften nachziehen und auf diese Weise ihr Leuchtturmdasein verschwindet. So kann das Selbstbewusstsein einer Berufsgruppe zum Selbstbewusstsein aller werden!

Transnet sollte lernen – nicht von „mangelnder Solidarität“ faseln!

Leserbriefe, Artikel und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion: Ottokar Luhn (V. i. S. d. P.) Bendastr. 17, 99867 Gotha, gotha@offenesbuendnis.de
Birgit Kühr (Angermünde), Klaus Buschendorf (Erfurt), Rainer Thiel (Storkow),
Uwe Birkner (Görlitz)

online - Ausgabe

Die Zeitung und alle Artikel stehen unter



<http://www.artikel-eins.com>

zur Verfügung.

Redaktionsarbeit und alle Beiträge ohne Honorar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen sind ihr vorbehalten. * Bei diesen Beiträgen möchte der Autor nicht genannt werden. Die Identität ist der Redaktion bekannt.

Kontakt:

kontakt@artikel-eins.com

Druck:

Selbstdruck

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

10.11.2007